

14. II 1917

Die sichere Hand.

Die Wiener Verkehrsfrage berührt nicht nur städtische, sondern auch sehr wichtige staatliche Interessen. Es steht aber mit dem Ernst der Sache in einigem Widerspruch, daß sie jeden Tag ein anderes Gesicht zeigt. In Liebesangelegenheiten verslägt es nichts, wenn die Seele bald himmelhoch jauchzend, bald zu Tode bekrübt ist. In Verkehrsangelegenheiten aber ist solcher Stimmungswechsel weniger üblich und gar nicht erwünscht. Am Sonntag erfährt die Wiener Bevölkerung, daß in einer außerordentlichen Abend Sitzung des Stadtrates, nach einem Referat des Direktors der Elektrizitätswerke, radikale Einschränkungen des Straßenbahnverkehrs beschlossen wurden; außer in den Morgen- und Abendstunden soll es überhaupt keinen Stadtverkehr mehr geben. Die Maßregel ist von äußerster Dringlichkeit und duldet keinen Verzug. Am Montag soll der Gemeinderat darüber Beschluß fassen, am Dienstag soll die neue Verkehrsordnung bereits in Wirksamkeit treten. In der Bevölkerung herrscht große Bestürzung über die Kohlennot der städtischen Elektrizitätswerke, von deren kritischem Stand man jetzt zum erstenmal erfährt, und über die dadurch notwendig gemachten Verkehrseinschränkungen, die das ganze Wirtschaftsleben der Großstadt auf den Kopf zu stellen drohen. Diese Stimmung kommt in der Montagsitzung des Gemeinderates zu so vielseitigem und lebhaftem Ausdruck, daß schließlich der Bürgermeister selbst beantragt, das Inkrafttreten der einschneidenden Verkehrsänderungen um zwei

Tagen hinauszuschieben. Diese Kritik soll zu neuen Verhandlungen zwischen Stadt- und Staatsverwaltung benützt werden, von deren Ergebnis es dann abhängen wird, ob — oder ob nicht. Am Dienstag herrscht nun in der Tat intensivste Verhandlungstätigkeit — und heute, Mittwoch, erfährt das Publikum aus verschiedenen Communiqués, die von den beteiligten Amtsstellen ausgeben werden, daß die Gefahr einer halbtägigen gänzl. Verkehrs-aufhebung glückl. abgewendet ist. Es soll nur zu Einschränkungen mäßiger Art kommen, die viel leichter zu ertragen sein werden. Die Staatsverwaltung wird für hinlängliche Kohlenzufuhren Sorge tragen, um den in ertönl. Maße eingeschränkten Straßenbahnverkehr — soweit die winterlichen Elementargefahren eine Voraussetzung gestatten — sicherzustellen.

Da hat man in fünf Tagen ein viermal geändertes Bild der Sachlage. Bis Sonntag glaubte das Publikum, man werde mit den bisher verfügbaren Einschränkungen und Sperrmaßnahmen das Auslangen finden. Am Sonntag geht der Schreckschuß los: von Dienstag an halbtägige Verkehrsperre! Dienstag hört man: die Verkehrsquillotine wird erst am Donnerstag arbeiten. Mittwoch läuten bereits die Beschwichtigungsglocken: es ist nicht so arg, mäßige Einschränkungen werden genügen. So erfreulich dieses Ergebnis der gestern in allen beteiligten Ressorts gepflogenen Beratungen und Verhandlungen ist und so wohlthuend das Gefühl der Erleichterung, mit dem weite Volkskreise diese Nachricht begrüßen werden — man muß doch fragen: hätte, was gestern geschah, nicht schon früher geschehen können? Wären der Bevölkerung nicht diese Tage voll quälender Unsicherheit zu ersparen gewesen? Man vermisst in der Führung dieser Angelegenheit die sichere Hand, die in so wichtigen Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen gerade zu so hochernster Zeit am allerwenigsten vermisst werden sollte. Die Erfahrungen dieser Kohlenkrise haben die Öffentlichkeit darüber belehrt, daß in Angelegenheiten dieser Art blindes Vertrauen überhaupt nicht am Platze ist. Die Lehre ist gut. Das Vertrauen soll niemals blind sein, und eine gute Verwaltung hat

es niemals ohne öffentliche Kontrolle und Kritik gegeben. Darum sollen aber auch die maßgebenden Faktoren im eigensten wie im allgemeinen Interesse alles tun, um für Kontrolle und Kritik freie Bahn zu schaffen. Manche Hand, die jetzt unsicher tastet, würde vielleicht fest zugreifen und schönste Ordnung halten, wenn ihr Arbeitsfeld nur immer vom hellen Licht der Öffentlichkeit beschienen wäre.